

Frau Bundeskanzlerin  
Dr. Angela Merkel

Herrn Bundesminister des Auswärtigen  
Heiko Maas

Herrn Bundesminister des Inneren  
Horst Seehofer

Herrn Bundesminister für Gesundheit  
Jens Spahn

Luxemburg, 17. August 2020

## **EU-weit einheitliches, faires und transparentes Vorgehen für die Einstufung von „Covid-19“-Risikogebieten – Luxemburg ist kein Risikogebiet mehr**

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, sehr geehrte Herren Minister,

**Europa-Union Luxembourg a.s.b.l.** und **Pulse of Europe Luxembourg a.s.b.l.** sind unabhängige pro-europäische Vereine, deren Mitglieder sich für die europäische Integration einsetzen.

Vor gut drei Monaten (in unserem gemeinsamen „Offenen Brief“ vom 9.5.2020) forderten wir ein **Ende der unilateralen Grenzsicherungen** und die **Beendigung der Grenzkontrollen** an den verbliebenen offenen Grenzübergängen zwischen Luxemburg und Deutschland. Wir sind froh, dass diese Forderung kurz darauf erfüllt wurde und mit Genugtuung nahmen wir Äußerungen (auch von Bundesministern) zur Kenntnis, dass **Grenzsicherungen zur Pandemiebekämpfung nicht zielführend** sind und künftig **unterbleiben**.

Heute gibt es zwar **keine Grenzsicherungen**, dennoch wird durch die Einstufung Luxemburgs als Risikogebiet (seit 14.7.2020) die **Reisefreiheit** erheblich eingeschränkt.

**Wir fordern:**

**Luxemburg muss umgehend von der Liste der Risikogebiete gestrichen werden!**

Die Gründe und unsere weitere Forderungen legen wir im Folgenden dar.

Die **Fallzahlen pro 100.000 Einwohner** liegen laut luxemburgischer Regierung **seit 9.8.2020** wieder **unter der Schwelle von 50**.<sup>1</sup> Diese 7-Tages-Inzidenz bezieht sich korrekterweise ausschließlich auf die positiv getesteten Einwohner (ohne Grenzpendler). Selbst unter Einbeziehung der nicht in Luxemburg lebenden Grenzpendler würde die Kennzahl seit 12.8. unter 50 liegen. Damit lässt sich die Einstufung als Risikogebiet in Verbindung mit einer Reisewarnung **faktenbasiert** nicht mehr rechtfertigen.

Die Wahrnehmung, dass **Berlin unilateral** über den Status Luxemburgs als Risikogebiet entscheidet (und bei dessen Aufhebung zögert), hat **verheerende Auswirkungen**: Neben **diplomatischen Spannungen** (Einbestellung des deutschen Botschafters) führt es auch zu **großem Unverständnis der Bevölkerung** in der Großregion, nicht nur unter Luxemburgern.

Daneben ist uns aber auch ein **einheitliches Vorgehen in der EU** (und in Nachbarländern) wichtig. **Deutschland** hat hierbei nicht nur wegen der aktuellen Ratspräsidentschaft eine **Führungsrolle**. Es kann nicht sein, dass jedes EU-Land (in Deutschland sogar jedes Bundesland) auf nationaler Ebene Reisebeschränkungen und Quarantänevorschriften erlässt.

Wir haben daher folgende **weitere Forderungen**:

1. Das „European Centre for Disease Prevention and Control“ (ECDC) sollte die Einstufung von **Risikogebieten** zentral **auf EU-Ebene übernehmen** und dabei auch **objektiv vorhandene örtliche Besonderheiten** (wie hier exemplarisch für Luxemburg beschrieben) **berücksichtigen**. Es benötigt hierfür die notwendige **Kompetenz** und **personelle Ausstattung**. Die nationalen Gesundheitsbehörden sollten nach EU-weit abgestimmten Kriterien diese Vorgaben umsetzen.
2. Die **Quarantäne-Bestimmungen** und sonstigen **Pandemie-Restriktionen** sollten **europaweit angeglichen** werden und auf möglichst kleinen Organisationseinheiten (Landkreisebene, Kantone, Departements etc.) angewandt werden. Die teilweise sogar zwischen Bundesländern, aber noch mehr zwischen den Nationalstaaten, divergierenden Regeln sind schwer nachvollziehbar und führen gerade in den Grenzregionen zu Missverständnissen.

---

<sup>1</sup> 7-Tages-Inzidenz 3.-9.8.2020: 47,44 – Quelle: <https://download.data.public.lu/resources/covid-19-rapports-hebdomadaires/20200817-150837/coronavirus-rapport-hebdo-word-semaine-3-au-9-aout.pdf>

3. Die **Kompetenzverteilung** zwischen ECDC, RKI und der Bundesregierung sowie das **Procedere** bezüglich der **Risikogebiete** ist dringend öffentlich **klarzustellen**. Zwar wurde aus Berlin mitgeteilt, dass neben den 7-Tages-Inzidenzen auch andere Faktoren berücksichtigt würden, für Luxemburg ist dies aber nicht erkennbar:
- Neben den ca. 625.000 Einwohnern gibt es etwa 200.000 Grenzpendler aus den Nachbarländern, die ebenfalls von den hiesigen Testkapazitäten profitieren (und außerdem sind diese Kapazitäten im internationalen Vergleich sehr hoch und gelten als vorbildlich).
  - Das Procedere (insbesondere die Übermittlung der Testergebnisse) ist digitalisiert, entsprechend werden Testergebnisse binnen 24 bis 48 Stunden übermittelt.
  - Die Nachverfolgung von Infektionsketten funktioniert einwandfrei und durch die hohe Testdichte dürfte die hiesige Dunkelziffer vergleichsweise niedrig sein.

Die erhobenen **Inzidenzen** bilden immer nur die Vergangenheit ab (also das Infektionsgeschehen vor ca. 1-2 Wochen). Bis zur Erklärung/Aufhebung des Risikostatus vergeht bisher mindestens eine weitere Woche. Ferner wird in den Quarantäne-Vorschriften verlangt, dass man sich in den vergangenen 14 Tagen in keinem Risikogebiet aufgehalten hat, so dass die Aufhebung der Beschränkungen derzeit offenbar circa einen Monat verzögert stattfindet, was im Fall Luxemburgs die grenzüberschreitende Wirtschaft (auf beiden Seiten der Mosel) in ungerechtfertigter Weise erheblich schädigt, insbesondere das Hotel- und Gaststätten-gewerbe im Ferienmonat August. **Daher ersuchen wir Sie dringend um schnelles Handeln.**

Ihrer Antwort sehen wir mit großem Interesse entgegen.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Stefan Kohler

- Vorsitzender -  
Europa-Union Luxembourg a.s.b.l.

gez. Stefan Haubold

- Vorsitzender -  
Pulse of Europe Luxembourg a.s.b.l.

Kopie: Kommissionspräsidentin Dr. Ursula von der Leyen, Premierminister Xavier Bettel, Außenminister Jean Asselborn, Botschafter Dr. Heinrich Kreft, Ministerpräsidentin Malu Dreyer, Ministerpräsident Tobias Hans, Parlamentariergruppe der Europa-Union Luxembourg